Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 53 (1974)
Heft: 12

Artikel: Umfassende Menschenrechte auch für Ausländer
Autor: Bochsler, Jules
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338909

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Pro und Kontra

Umfassende Menschenrechte auch für Ausländer

(Zu «Pro und Kontra ‚Tagwacht'-Initiative», «Profil» 10/1974)

Mit der abgedruckten Stellungnahme der Ausländerkommission der SP und des Gewerkschaftskartells Basel-Stadt gehe ich einig. Die darin gezogene Schlussfolgerung, «die Mitenand-Initiative löst die humanitären Fragen des Ausländerproblems enthält aber die Möglichkeit einer zeitlich verzögerten Stabilisierung; die ‚Tagwacht'-Initiative löst das Stabilisierungsproblem, bietet aber schwere, für eine Politik aus sozialdemokratischer Sicht unannehmbare Lücken in den Menschenrechtsgarantien» – diese Formel steht in merkwürdigem Widerspruch zur redaktionellen Vorbemerkung. Es werden darin der katholischen Arbeitnehmerbewegung, welche die Mitenand-Initiative lanciert hat, vor allem kulturpolitische Absichten unterschoben.

Als protestantischer Sozialdemokrat und Mitglied des Initiativkomitees «Mitenand» möchte ich mich gegen eine solche Unterstellung verwahren. Allein schon ein Blick auf die hinter der Mitenand-Initiative stehenden Organisationen zeigt, dass diejenigen aus dem katholischen Raum in Minderheit sind. Zum Beispiel ist Arthur Villard als Vertreter des Schweizerischen Friedensrates oder Karl Gmünder von der Zürcher Kontaktstelle aufgeführt. Das inzwischen bekanntgewordene Ausscheiden verschiedener Sekretäre und Mitarbeiter aus der katholischen Arbeitnehmerbewegung zeigt, dass hinter den Urhebern der Initiative in keiner Weise offizielle Organe der katholischen Kirche stehen. Motivation war vielmehr die umfassenden Menschenrechte auch endlich den Ausländern zu gewähren, um ihnen damit die Angst vor einer ungewissen Zukunft zu nehmen und ihnen zu ermöglichen, bei uns eine neue Heimat zu finden.

Wir haben jetzt zu wählen, welchem Anliegen wir Prioritäten einräumen wollen: Der Solidarität mit den bereits in die Schweiz eingereisten Fremdarbeitern – oder dem auf kürzestem Wege zu erreichenden Stabilisierungsziel. Ich meine, ein Sozialist müsste das erste wählen. Gewiss ist Stabilisierung ein notwendiges Ziel geworden. Auch die Mitenand-Initiative bietet dazu Hand, ja, es wäre sogar bei Ausschöpfung aller Möglichkeiten ein Abbau der ausländischen Wohnbevölkerung möglich. Aber im Konfliktfalle müsste zum Beispiel das Recht auf Familiennachzug dem Stabilisierungsziel vorangehen.

Wer sich für nähere Angaben zur Mitenand-Initiative interessiert, bestelle Unterschriftenbogen und Kommentar bei der Arbeitsgemeinschaft für eine neue Ausländerpolitik, Postfach 349, 8031 Zürich, Telephon (01) 42 00 30.

Arne Engeli

Für einen stärkeren Abbau des Fremdarbeiterbestandes

(Zu «Pro und Kontra ‚Tagwacht'-Initiative», «Profil» 10/1974)

In kaum einer gesellschaftspolitischen Frage hat die Sozialdemokratie der Schweiz eine so starke Zurückhaltung bekundet wie beim Fremdarbeiterproblem.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – ich war zu jener Zeit Mitglied der Arbeiterkommission bei Bührle & Co. – wurden wir Gewerkschafter vom damaligen SMUV-Sekretär Robert Meyer über die Verhältnisse in Italien und über die Möglichkeiten, diesem Lande zu helfen, informiert. Elend, Not und Verzweiflung herrschte nach Kriegsende bei unserem südlichen Nachbarn. Der Bundesrat stellte an die Gewerkschaften das Begehren, doch ja grünes Licht für grössere Kontingente, das heisst die Einreise von einigen 10 000 Gastarbeitern zu geben. Nun, wir hatten bei allen Bedenken Verständnis für die damalige Lage unserer Brüder und sagten zu.

In den folgenden Jahrzehnten hat sich dann aus der anfänglichen, kurzfristig gedachten Hilfsaktion ein eigentlicher Menschenhandel entwickelt. Und dies zugunsten einer profitorientierten Wirtschaft, die sich um die Schattenseiten einer ungebremsten Entwicklung nicht kümmerte, sondern es grosszügig dem Staat überliess, die Spesenrechnung zu bezahlen. In diesem Zusammenhang erinnere ich mich an die Aussagen und Theorien des freisinnigen Hof-, Wirtschafts- und Sozialideologen Professor Röpke. Dieser Mann vertrat die Ansicht, die freie Marktwirtschaft brauche, um die Löhne niedrig zu halten, unbedingt eine ausreichende Reserve an Arbeitslosen. Daraus ist abzuleiten: Das Geld strömte in unser Land, der Arbeitsmarkt war, im Gegensatz zu den Voraussagen der Wirtschaftssachverständigen, im Nu ausgetrocknet. Also rasch die Grenzen öffnen, um die lohnregulierenden Reserven an Menschenmaterial zur Hand zu haben.

Der Versuch, die Vertreter der Ueberfremdungsparteien pauschal als Rassisten abzustempelm, ist abwegig. Die Existenz dieser Parteien ist letztlich auf das Versagen der historischen Parteien zurückzuführen. Hätte sich die Regierung seit der letzten Abstimmung um eine wirksame Reduktion des Gastarbeiterbestandes bemüht, wäre das Malaise in unserer Bevölkerung nicht so stark verbreitet. Bei dieser Sachlage kann man es den Werktätigen nicht verübeln, wenn sie gelegentlich ihrem Unmut darüber Ausdruck geben, dass SPS und Gewerkschaftsbund mit der Hochfinanz im gleichen Boot sitzen. Um das Vertrauen dieser Kreise wiederzugewinnen, ist es nötig, dass aus dem Schoss der Arbeiterbewegung eine Initiative lanciert wird, die diesen Namen verdient. Voraussetzung ist, dass sich diese Initiative nicht nur durch Nuancen von der Konzeption des Bundesrates abhebt. Sie muss vielmehr ein deutliches Bekenntnis

zur beschleunigten Reduktion der ausländischen Wohnbevölkerung darstellen.

Die Menschen, die bei uns arbeiten, sollen die vollumfänglichen Menschenrechte in Anspruch nehmen können. Aber um dies zu ermöglichen, ist eine starke Reduktion des Ausländerbestandes unumgänglich.

Jules Bochsler

Eine Chance für die Ethik

(Zu «Untauglicher Kompromiss statt Fristenlösung?» «Profil» 11/74)

Seitdem sich der Mensch sein Abbild nicht mehr im Spiegel eines klaren Quells sondern in den scharfen Bruchflächen der menschlichen Intelligenz sucht, tut er sich auch schwerer mit der Entwicklung von Ethik. Man spürt dies auch im politischen Alltag. In der Frage des straflosen *Schwangerschaftsabbruches* verwechseln die Gegner einer Neuordnung hartnäckig ihre Optik mit Ethik, einen vermeintlichen Einsatz für den Schutz des ungeborenen Lebens mit Moral, die ihrerseits steht für Intoleranz, Misstrauen und Verunsicherung. Eine für Vernunft undurchlässige Zone von Emotionalität umgibt die fanatischen Abtreibungsgegner, die denn auch mit dem Wecken von negativen Assoziationen operieren müssen – Tötung, Mord, usw. – ein Indiz dafür, dass ihre sogenannten ethischen Bedenken und Befürchtungen kaum solche sind, denn diese setzen die Leistung des Durchdenkens voraus, der Rationalisierung eines Problems. Der Weg zur Ethik ist mühsam und unbequem, wie es immer ist, wenn man Widersprüche und Probleme erforschen muss, bis an die Grenze eigener Möglichkeiten.

Wenn wir das Abortproblem in der Schweiz lösen wollen – und ein solches besteht ja leider – so kommen wir um einen Einbruch in das Prinzip des absoluten Schutzes des menschlichen Lebens leider nicht herum. Gerade weil das geltende Recht trotz hoher ethischer Zielsetzung nicht oder nur zufällig durchgesetzt werden kann, ist ja eine Neuregelung fällig geworden. Dieser Rückzug sollte nun aber konsequent sein:

Befürworter einer *Indikationslösung,* wie sie der Bundesrat nun vorgeschlagen hat, lehnen die Fristenlösung etwa mit dem Argument ab, sie hebe den Rechrsschutz für ungeborenes Leben während einer gewissen Zeit willkürlich auf. Da das menschliche Leben aber von der Befruchtung bis zum Tode eine unteilbare Einheit darstelle, müsse es deshalb auch in allen Phasen den gleichen Rechtsschutz geniessen. Häufig wird argumentiert: Wo führt das hin, wenn wir beginnen, für unerwünschtes ungeborenes Leben diesen Schutz teilweise aufzuheben? Enden wir dabei nicht noch bei den Methoden des Dritten Reiches und sind die nächsten, die an die Reihe kommen, nicht vielleicht unerwünschte Geborene wie Alte, Schwachsinnige, Krüppel? Wird so nicht der Euthanasie, der Sterbehilfe der Weg geebnet?